

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

405

II. Ausgabe

Wien, am 21. Dezember 1931.

BUDGETBERATUNG.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 21. Dezember 1931.

Vizebgm. Hoss eröffnet nach 17 Uhr die Sitzung. Das Haus setzt die Spezialdebatte über den Voranschlag der Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen fort.

GR. Dr. Wagner (E.L.) erklärt, dass der Voranschlag der Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen an Schwindsucht leide; diese Tatsache werde durch die Ausführungen des Referenten noch bestärkt. In dem Bericht über die Bettelsuppe des Budgets hat Stadtrat Weber seiner Bescheidenheit keine Grenzen gezogen. Stadtrat Weber prophezeit gerne, aber immer daneben. Schon vor Jahren hat er das Ende der Wiener Wohnungsnot prophezeit, aber ein Ende der Wohnungsnot ist noch immer nicht abzusehen. In seinen Ausführungen hat sich der Referent mit allen Zweigen seiner Verwaltungsgruppe beschäftigt, aber auf den ^{schweren} Vorwurf des St. R. Kunschak, dass beim Wohnungsbau Ueberschreitungen von 70 Millionen Schilling vorgekommen sind, hat St. R. Weber nicht geantwortet. Nach Volledau, der noch fehlenden 6970 Wohnungen werden nach den Ausführungen des Referenten rund 65.500 Wohnungen fertiggestellt sein. Das ist wirklich eine ungeheure Leistung, die besser, als man befürchten musste, zur Vollendung gekommen ist. Man muss feststellen, dass bei dieser gigantischen Arbeit Unsauberkeiten nur Ausnahmen waren. Bei der Verwaltung eines so ungeheuren Wohnungsbestandes wird es allerdings zu allerhand Unzukömmlichkeiten kommen, weshalb rechtzeitig an eine dezentralisierte Organisation der Wohnhäuserverwaltung gedacht werden muss. Für den Wohnungsbau wurden rund 50 Millionen Schilling veranschlagt; zieht man davon den Personalaufwand von 2'7 Millionen Schilling ab, so bleibt für den Wohnbau ein sehr bescheidener Betrag. Diese kolossale Einschränkung des Wohnhausbaues wird nicht nur der Wiener Arbeitsmarkt, sondern auch der Arbeitsmarkt der übrigen Bundesländer zu spüren bekommen.

GR. Dr. Wagner beschäftigt sich sodann mit der städtischen Wohnhäuserverwaltung und bemerkt, dass diese in der Zukunft eine grössere Bedeutung gewinnen werde als bisher. Nun stellt der Rechnungshof die ausserordentliche frappierende Tatsache fest, dass die Mietzinse in den Gemeindehäusern nicht nach einheitlichen Grundsätzen geregelt sind, sondern dass in den Gemeindehäusern die unterschiedlichsten Mietzinse aufgebaut auf den unterschiedlichsten Grundlagen vorkommen. In einer grossen Anzahl von Wohnhausanlagen sind die Mietzinse auffallend niedrig. Es ist ein unerträglicher Zustand, dass die Gemeinde Wien durch ihre Wohnhausverwaltungspolitik Mieter zweierlei Kategorien schafft. Wenn der Gemeinderat der Anschauung war, dass ein Zuschuss aus dem Ausgleichsfonds erst dann zu erfolgen habe, wenn das Viertausendfache des Friedenszinses überschritten wird, kann auch verlangt werden, dass die Zinse in den unter grossen Opfern der Bevölkerung errichteten Wohnhausanlagen der Gemeinde wenigstens allmählich auf dieses Niveau gebracht werden. Es ist auch ganz unvertretbar, dass die Mietzinse in den Gemeindefamilienhäusern von einer Amortisationsquote ganz freigelassen werden. Die Erhöhung der Mietzinse könnte auf lange Jahre verteilt werden und würde daher im Anfang nur ausserordentlich bescheiden sein, wobei wir ganz damit einverstanden wären, dass gewisse Ausnahmen für Arbeitslose und Ausgesteuerte getroffen werden. Es wäre aber unbedingt notwendig, dass aus diesen Mitteln ein zureichender Erneuerungsfonds für die städtischen Wohnhausanlagen geschaffen wird. Auf keinen Fall geht es an, durch zu niedrig gehaltene Mietzinse einen Teil der Bevölkerung zu subventionieren. Der

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 21. Dezember 1931.

Redner stellt folgenden Antrag: "Der Magistrat wird beauftragt 1. für die Festsetzung der Mietzinse für Wohnungen in dem Mietengesetze nicht unterliegenden Wohnhäusern und Wohnhaus- und Siedlungsanlagen der Gemeinde dem Gemeinderate Anträge vorzulegen, denen zufolge zunächst alle Mietzinse den gesetzlich festgesetzten Hauptmietzinsen für Wohnungen in Althäusern, sofern diese nicht erreicht sind, unverweilt angeglichen werden; 2. zur Vorlage an den Gemeinderat Anträge auszuarbeiten, denen zufolge die Mietzinse für die obigen Wohnungen in einem jährlich mehr ansteigendem Masse derart zu erhöhen sind, dass aus diesen Erhöhungsbeträgen innerhalb 60 Jahren die Kosten der Erneuerung dieser Wohnungen gedeckt erscheinen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St. R. Weber nimmt in seinem Schlussworte zunächst zu dem von St. R. Kunschak in der Generaldebatte gemachten Bemerkung Stellung, dass mit den im Budget für die Fertigstellung der Bauarbeiten des nächsten Jahres vorgesehenen Summen das Auslangen nicht werde gefunden können und bringt zur Widerlegung dieser Behauptung einen von der Direktion des Rechnungsamtes und des Stadtbauamtes eingeholten Bericht zur Kenntnis, aus dem sich folgendes ergibt: Seit Beginn des Jahres 1928 wurden für Wohnhausbauten aus eigenen Mitteln der Gemeinde bis heute an Sachkrediten und Nachtragskrediten nicht wie angegeben Schilling 273,004.876 sondern Schilling 276,929.112 genehmigt. Das tatsächliche Gelderfordernis wird jedoch nicht diesen Betrag in seiner vollen Höhe, sondern nach einer genauen Ueberprüfung des Stadtbauamtes bloss eine Höhe von Schilling 246,525.600 erreichen, sodass mit einem Mindererfordernis von rund Schilling 30,403.000 nach Fertigstellung sämtlicher in obiger Summe der Sachkredite einbezogenen Bauten zu rechnen sein wird. Die Bedeckung des sich ergebenden richtiggestellten Kostenerfordernisses in der Höhe von Schilling 246,525.600 ergibt sich aus der Summe der in den Jahren 1928 bis 31. Oktober 1931 bereits bezahlten Kostenbeträge von Schilling 194,026.000 aus den für den Zeitraum vom 1. November bis 31. Dezember 1931 bereits sichergestellten Aufrechnungsbeträgen per Schilling 27,487.000 zusammen Schilling 221,513.000. Im Vergleich mit obiger Erfordernisziffer ergibt sich für die Fertigstellung der Bauten aus Eigenmitteln noch ein Gelderfordernis von Schilling 25,012.600. Im Voranschlag 1932 sind für die Herstellung von Wohnhaus- und Siedlungsbauten aus Eigenmitteln unter Zurechnung der Personalkosten rund Schilling 36,700.000 vorgesehen. Gegenüber den früher ermittelten Erfordernisbetrag von Schilling 25,012.600 verbleibt noch ein Betrag von Schilling 11,687.400. Aus diesem Betrag wird für die Fertigstellung der bereits in Angriff genommenen Siedlungsbauten ein Erfordernis von Schilling 4,017.000 noch zu bestreiten sein, sodass der nunmehr verbleibende Restbetrag von Schilling 7,670.400 zur Deckung unvorhergesehener Mehrkosten von Bauten gegenüber den richtiggestellten Sachkrediten, ferner zur Bestreitung von Kosten eventuell noch zu genehmigender neuer Bauten verfügbar bleibt.

St. R. Weber nimmt sodann mit aller Entschiedenheit gegen die Behauptung des St. R. Kunschak Stellung, dass Baukostenüberschreitungen vorliegen. Es ^{handelt sich} hier offenbar eine Verwechslung ^{von} Zuschusskrediten ^{mit} Baukostenüberschreitungen. Laut Gemeinderatsbeschluss vom Jahre 1927 sind 30.000 Wohnungen zu erbauen. In diesem Beschluss ist keine Rede davon, dass zur Ausführung dieser 30.000 Wohnungen ein bestimmter Betrag budgetmässig vorzusehen sei. Nun wird wohl im Budget eines jeden Jahres eine Baurate zwecks Durchführung des Bauprogrammes eingesetzt, aber die wirklichen Baukosten für das kommende Jahr kann der Voranschlag klarer Weise gar nicht

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

III, Blatt

Wien, am 21. Dezember 1931.

... voraussehen, es handelt sich im Budget immer nur um eine Schätzung der voraussichtlichen Baukosten des kommenden Jahres, der die Erfahrungen des verflossenen Jahres zugrundegelegt werden. Für die Frage wirklicher Baukostenüberschreitungen oder Unterschreitungen kommen lediglich die auf Grund der Kostenvoranschläge in Anspruch genommenen Sachkredite in Frage, die im Ausschuss IV angesprochen und beschlossen worden. Wenn mit einem solchen Sachkredit das Auslangen nicht gefunden wird, wird ein Zuschusskredit angesprochen, der ausführlich begründet wird. Eine vollständige Klarheit über die wirklichen Kosten des Wohnhausbaues der Gemeinde wird man erst beim Abschluss des Bauprogrammes ^{gewinnen} können, es ist aber bei der angeführten Sachlage ganz irrtümlich überhaupt von Überschreitungen oder Unterschreitungen der Kosten zu sprechen. Ebenso wenig kann gesagt werden, dass wir das Bauprogramm nicht eingehalten hätten. Nach dem erwähnten Gemeinderatsbeschluss waren wir verpflichtet 30.000 Wohnungen zu bauen wobei der Berechnung eine 28 Quadratmeter grosse Wohnung zugrundegelegt wurde. In Wirklichkeit hat aber die Durchschnittsgrösse der in den Jahren 1924 bis 1931 erbauten Wohnungen nicht 28, sondern 44 Quadratmeter betragen. Wenn man nun für jede Wohnung eine Grösse von 38 Quadratmetern zugrundelegt, ergibt sich, ~~...~~

dass wir zu dem Gesamtflächenausmass, das wir zu verbauen hatten, noch eine Mehrfläche, der rund 9000 Wohnungen entsprechen ^{restanten}.

Den Einwänden des GR. Ullreich betreffend das Kleingartenwesen hält St. R. Weber entgegen, dass für die Errichtung von Kleingärten fast 4 Millionen Quadratmeter Grund zu dem geringfügigen Pachtzins von 2 Groschen per Quadratmeter von der Gemeinde zur Verfügung gestellt wurden. Hier tut die Gemeinde mehr als irgendeine andere Gemeinde. In einer Besprechung der Beschwerden gegen die Wohnungsvergebungen weist St. R. Weber daraufhin, wie unendlich schwer es sei, eine Methode der Wohnungsvergebung zu finden, die vollste Zufriedenheit schafft. ~~...~~ Im Jahre 1930 wurden nicht weniger als 115.000 Parteien im Wohnungsamt empfangen und abgefertigt. Dabei stehen dem Wohnungsamt im Monat rund 520 Wohnungen zur Zuweisung zur Verfügung, während zum Beispiel im November nicht weniger als 1820 gerichtliche Kündigungen vorgenommen wurden (Hört Hört bei der Mehrheit). Dass Gemeinderäten der Zutritt zu einzelnen Beamten des Wohnungsamtes nicht ermöglicht wird, ist ganz selbstverständlich, das kommt auch in keinem anderen Amte vor. Vorsprachen können lediglich im Büro des Stadtrates oder beim Leiter des Amtes erfolgen. Wie sehr auch in dieser Beziehung das Büro des Stadtrates in Anspruch genommen wird, geht daraus hervor, dass im vorigen Jahres nicht weniger als 98.000 Eingaben von Parteien erledigt wurden. Den Befürchtungen der GR. Wagner und Daffinger gegenüber stellt St. R. Weber noch fest, dass ~~...~~ es auch im nächsten Jahre möglich sein wird, mit Neubauten zu beginnen, und dass für das Jahr 1933 50 Millionen zur Verfügung stehen werden, mit denen annähernd 4000 bis 5000 Wohnungen werden erbaut werden können. Jedenfalls werden wir alles daransetzen, um den Bau der Gemeindewohnungen fortzusetzen. Es handelt sich hier nicht nur um die Befriedigung des Wohnungsbedarfes, sondern um einen wirklichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit durch Schaffung von Arbeitsgelegenheiten. Das Aufhören der Bautätigkeit der Gemeinde wäre unbedingt verbunden mit der Steigerung der Mietzinse bis zu jener Höhe, die eine private Bautätigkeit ermöglicht. Daher halten wir an unserer bisherigen Wohnbaupolitik fest. St. R. Weber gibt sodann zu, dass die Mietzinse in den verschiedenen Wohnhäusern verschiedene sind, jedoch konnte auch mit den niedrigeren Mietzinsen das Auslangen gefunden

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

IV. Blatt

Wien, am 21. Dezember 1931.

werden. Wenn aus Steuergeldern gebaut wird, sind Amortisationsquoten entbehrlich, es sei denn, dass man sich eine Einnahmequelle schaffen will. Das lehnen wir sowohl für die Hausherrn wie für die Gemeinde ab (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Schliesslich teilt St. R. Weber mit, dass die Mietzinsrückstände in den städtischen Wohnhäusern im Jahre 1931 einschliesslich der Rückstände aus den Vorjahren rund 180.000 Schilling betragen haben, das sind 2¼ Prozent des Gesamtertrages des Jahres 1930. St. R. Weber ersucht um Annahme des Voranschlages seines Ressorts. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Die Ansätze der Verwaltungsgruppe IV werden genehmigt, die von der Minderheit gestellten Anträge abgelehnt.

Den Bericht über den Voranschlag der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten erstattet Stadtrat Richter. Er führt unter anderem aus: Das Budget der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten steht gleichfalls angesichts der wirtschaftlichen Not unseres Landes im Zeichen grösster Sparsamkeit. Schon im Laufe des Jahres 1931 mussten Sparmassnahmen einsetzen; eine ganze Reihe von Arbeiten, die für heuer vorgesehen waren, gelangte nicht zur Ausführung, da die Mittel dazu nicht vorhanden waren. Die finanzielle Auswirkung dieser Ersparungen wird erst im Rechnungsabschluss zum Ausdruck kommen.

Schon bei der Besprechung der vorhergehenden Budgetkapitel wurde das Jahr 1932 ein Feiertag genannt, das heisst, es sollen bei allen Zweigen nicht unbedingt notwendige Arbeiten unterbleiben. Dem entsprechend wurde auch die Erhaltung der Objekte auf das Notwendige beschränkt. Diese Massregel ist sicher bedauerlich, aber sie ist zu verantworten, da im allgemeinen die städtischen Objekte einen sehr guten Erhaltungszustand aufweisen und ohne Schaden eine Pause von einem Jahr ertragen. Was notwendig ist, um den guten Zustand aufrecht zu erhalten und grössere Schäden zu verhindern, wird selbstverständlich geschehen. Grössere Investitionen jedoch sind im Jahre 1932 nicht vorgesehen.

Im Fuhrwerksbetrieb wurden der Lastkraftwagenbetrieb, Strassenpflege und die Werkstätten zusammengezogen. Da dadurch eine Reihe von Wertdurchführungen entfallen, verringert sich der Aufwand; er verringert sich aber vor allem dadurch, dass im Vorjahr Investitionen im Betrage von 1,137.000 Schilling vorgesehen waren, während im Jahre 1932 nur die notwendigsten Anschaffungen von Kübeln im Betrage von 100.000 Schilling vorgesehen sind. Der Präliminaransatz des Gartenbetriebes ^{betrug} für das laufende Jahr 3,207.800 Schilling. Für 1932 beträgt dieser Ansatz nur 2,394.120 Schilling; das entspricht etwa einer 25prozentigen Herabsetzung. Bereits im Laufe des Jahres 1931 wurden die Ausgaben bedeutend eingeschränkt und dadurch Ersparungen in der Höhe von ca 20 Prozent des Voranschlages erzielt. Die Investitionstätigkeit wurde bereits im laufenden Jahre sehr eingeschränkt; für 1932 sind keine Investitionen präliminiert. Die Gartenanlagen werden im Jahre 1932 nicht so sorgfältig gepflegt werden können, wie in den Vorjahren; trotzdem ist aber die Gewähr geboten, dass keine dauernden Schäden entstehen werden.

Im Bäderbetrieb vollzieht sich unaufhörlich der Uebergang von den teuren Dampf- und Wannenbädern zu den billigeren Brausebädern. Der Besuch der Bäder ist im Jahre 1930 neuerlich gestiegen und erreichte die Zahl von 10,961.396 Personen, um 500.000 mehr als im Jahre 1929. Der Besuch der Sommerbäder betrug im laufenden Jahre 1,775.000 Personen, die Kinderfreibäder hatten einen Rückgang, weil gerade während der Ferien das Wetter am schlechtesten war. Die Volksbäder hatten bis Ende November des heurigen Jahres einen Besuch von 5,210.424 Personen, rund um 11.000 Personen mehr als im

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

V. Blatt

Wien, am 21. Dezember 1931.

Vorjahr, der allordings nicht genügte, um den Ausfall bei den Dampf-,
Wannen- und Kurbädern wieder wettzumachen. Der obligate Schwimmunterricht
war von 102.300 Schulkindern besucht.

Die Dampfwäscherei und die städtischen Werkstätten werden in be-
schränktem Umfange weitergeführt.

Die grösste Einschränkung erfährt der Strassenbau. Für diesen Zweig
wurden im laufenden Jahr 10,310.000 Schilling vorgesehen. Durch den Zwang
zu Ersparnissen infolge Verschlechterung der finanziellen Lage der Stadt
wurde eine Anzahl zur Erneuerung vorgesehener Strassenzüge nicht mehr
ausgeführt, so dass bei dieser Post allein Ersparungen von rund 5,000.000
Schilling erzielt wurden. Für das Jahr 1932 wurden nur 2,113.000
Schilling vorgesehen, ein Betrag, mit dem nur dann ein Auslangen gefunden
werden kann, wenn sich der Neubau von Strassen auf jene Gebiete beschränkt,
in denen städtische Wohnbauten errichtet werden. Für die laufende Erhal-
tung werden fast dieselben Beträge aufgewendet, wie in den Vorjahren. Da-
durch ist wenigstens die Gewähr geboten, dass eine weitere Verschlechterung
des Zustandes unserer Strassen vermieden wird, wenn auch die Tatsache,
dass keine Verbesserung erfolgen kann an sich sehr schmerzlich ist. Der
Strassenwalzenbetrieb erfährt gleichfalls eine Einschränkung, da auch
keine Makadamernouierungen oder Neuherstellungen erfolgen. Es werden 8 - 10
Walzen eingestellt.

Das Budget für Brücken- und Wasserbauten ist dadurch entlastet, dass
die Augartenbrücke fertiggestellt ist und nur mehr kleine Restzahlungen
im Betrage von 150.000 Schilling für die Uferbauten zu erwarten sind. Leider
ist die Frage der Reichsbrücke zu einer brennenden Frage geworden. Was wir
immer schon gewusst haben, aber die Bundesverwaltung niemals
einbekennen wollte, ist nunmehr amtlich festgestellt worden: die Tragfähig-
keit der Brücke ist infolge ihres hohen Alters und des schlechten Materials
erschöpft; ein Neubau ist ein Gebot dringendster Notwendigkeit. In der letzte
Zeit haben schon Beratungen der Techniker über einen Neubau stattgefunden;
die Gemeinde hat sich prinzipiell bereit erklärt, einen Beitrag zum Bau der
neuen Brücke zu leisten.

Bei der Wasserversorgung wurden weitere Fortschritte gemacht. Im Gebie
der ersten Hochquellenleitung wurde vor einigen Wochen ein Gut angekauft,
auf dem einige kleine Quellen entspringen. Der Umbau des Pötschacher Schöpf-
werkes ist vollendet. Im Gebiet der zweiten Hochquellenleitung ist sowohl
die Fassung der Seisensteinquelle, als auch der Bau der beiden Kraftwerke
und der Fernleitung vollendet. Der Strom wird bereits nach Wien geleitet.
An dem Stollen bei Hondorf wird gearbeitet und er wird im Jahre 1933 fertig
gestellt sein. Zur Verbesserung der Wasserversorgung der höhergelegenen
Gebiete Wiens wurden für die Hochbehälter Steinhof, Krapfenwaldl und Hacken-
berg Drucksteigerungswerke gebaut. Die Vorarbeiten für die Errichtung eines
Grundwasserwerkes werden fortgesetzt.

Im Betrieb Kanalisationswesen wird der Aufwand für Neubauten von
1,800.000 Schilling auf 600.000 Schilling herabgesetzt. Der im Jahre 1924
begonnene Ausbau der öffentlichen elektrischen Beleuchtung ist heute so
weit vorgeschritten, dass gegenwärtig 26.540 elektrische Lampen in Betrieb
sind, die sich auf rund 760 Kilometer Strassenlänge verteilen. Während bis
zum Jahre 1924 nur 5 Prozent der gesamten Strassenbeleuchtung mit elektri-
schem Lichte ausgestattet war, beträgt der Anteil der elektrischen Beleuch-
tung nunmehr über 60 Prozent. Im Vergleich zu der Gasbeleuchtung mit Auer-
brennern hat die nunmehr bestehende elektrische Beleuchtung eine vier-
bis fünffache grössere Beleuchtungsstärke. Durch die Elektrifizierung der
öffentlichen Beleuchtung sind bis jetzt 28.400 Gaslampen entbehrlich ge-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

VI. Blatt

Wien, am 21. Dezember 1931.

worden. Der Gesamtstand der öffentlichen Gasbeleuchtung beträgt derzeit 16.480 Gaslampen. Im VII. und VIII. Bezirke ist die elektrische Beleuchtung vollständig durchgeführt, nach dem Voranschlage das Jahres 1932 sollen die Bezirke VI und XIV die elektrische Beleuchtung ebenfalls im ganzen Umfange erhalten. Ausschlaggebend für die Einführung der elektrischen Beleuchtung ist der Umstand, dass der Gemeinde Wien durch den Ausbau der Wasserkräfte ausreichend elektrischer Strom zur Verfügung steht und dadurch der für die öffentliche Gasbeleuchtung notwendige Bezug von Auslandskohle erspart wird. Da durch die Elektrifizierung der öffentlichen Beleuchtung bis jetzt 28.400 Gaslampen entbehrlich geworden sind, so kann die dadurch ersparte Kohle mit 15.000 Tonnen jährlich angenommen werden. Ferner wurde durch die Herstellung der öffentlichen elektrischen Beleuchtung die österreichische Industrie und Arbeiterschaft weitgehend beschäftigt. Dass in manchen unbedeutenden Seitengassen schon eine elektrische Beleuchtung eingerichtet ist, während in anderen verkehrreichen Strassen noch die Gasbeleuchtung besteht, hat darin seine Begründung, da eine Bedienung von einzelnen Gaslampen innerhalb der elektrischen Beleuchtungsgebiete sehr hohe Instandhaltungs- und Bedienungskosten erfordert, andererseits durch die Serienschaltung eine nachträgliche Einbeziehung einzelner Lichtstellen in das elektrische Beleuchtungsnetz nicht mehr möglich ist. Es muss daher der weitere Ausbau gruppenweise erfolgen, wodurch die für den Verkehr weniger wichtigen Nebengassen eine elektrische Beleuchtung erhalten. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Erban (E.L.) bemängelt, dass die Gemeinde für die Erhaltung der Pfarrhöfe und Patronatskirchen fast gar nicht aufwende. Die Matzleinsdorferkirche befindet sich in einem Zustand, der eine Renovierung unaufschiebbar macht. Seit Jahren bemängelt wir schon, dass der Stand des Strassenreinigungspersonals ein viel zu geringer ist. Die Strassenreinigung lässt daher sehr viel zu wünschen übrig. Bezüglich des Gartenwesens bemerkt der Redner, dass es viel besser wäre, wenn die Gartenpflege privaten Gärtnern übertragen werden und die städtische Gartenverwaltung nur ein Aufsichtsorgan sein würde. Die Gartenverwaltung hat viel zu wenig gelernte Gärtner, das meiste Personal sind Hilfsarbeiter, die für die Gartenarbeit nicht geschult sind. Zu unterlassen wäre auch der Blumen detailverkauf durch den städtischen Reservogarten, da dadurch die privaten Handgärtner geschädigt werden. Die städtische Wäscherei und die Werkstätten sind gewerbeschädigende Betriebe. Die Gemeindeverwaltung hat kein Recht, Arbeiten für private Kunden durchzuführen. Das traurigste Kapitel in dieser Verwaltungsgruppe ist der Strassenbau; man kann ohne Uebertreibung sagen, dass die Wiener Strassen die schlechtesten Strassen Europas sind. Speziell die Makadamstrassen weisen sie alten Schlaglöcher auf und auch das Bitumen hat sich nicht als das gepriesene beste Strassenmaterial erwiesen. Im Interesse des Gewerbes wäre es unbedingt notwendig, Strassenherstellungen beschleunigt durchzuführen. So war heuer die Nussdorferstrasse fast 6 Monate für jeden Verkehr vollkommen abgesperrt, was natürlich den dortigen Geschäftsleuten einen kolossalen Schaden brachte. Für die Wasserversorgung Wiens ist der Bau einer Nutzwasserleitung dringende Notwendigkeit. Wenn eine Besserung der finanziellen Lage Wiens eintritt, muss die Gemeinde sofort an die Errichtung eines solchen Werkes schreiten. Bei der Aufstellung der städtischen Preistarife wäre es sehr empfehlenswert, wenn zu den Verhandlungen mit den Genossenschaften auch ein Subkomitee des Ausschusses für technische Angelegenheiten beigezogen werden würde. (Beifall).

GR. Dirisamor (E.L.) bemerkt, dass schon mit Rücksicht auf den Fremdenverkehr der Erhaltung der Gartenanlagen ein besonderes Augenmerk zugewendet

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

VII Blatt

Wien, am 21. Dezember 1931.

worden müsste. Strassenherstellungen wurden im Jahre 1931 schon nicht durchgeführt; was hergestellt wurde, waren lediglich Strassen bei städtischen Neubauten. Diese Strassenherstellungen gehen auf Kosten der anderen Wiener Strassen, die fast alle dringend reparaturbedürftig sind. Die Makadamstrassen sind sicher eine gute Art von Strassen, aber nur dort, wo es keine Steigung gibt. Bei leichten Schneefällen sind diese Makadamstrassen für Pferdefuhrwerke einfach unpassierbar. In solchen Fällen müsste Granitpfäster verwendet werden. Die Frage der Reichsbrücke hätte schon längst gelöst werden müssen. Wenn auch der Bund an der Reichsbrücke nicht soviel Interesse, als wünschenswert gewesen wäre, an den Tag gelegt hat, so hätte die Gemeinde für eine befriedigende Lösung der Frage sorgen müssen. Eine unbedingte Notwendigkeit ist der Bau einer Brücke über den Donaukanal beim städtischen Elektrizitätswerk. Wenn Sie für das Stadion Geld gehabt haben, muss auch für einen unbedingt notwendigen Brückenbau der entsprechende Aufwand sichergestellt werden. Da alle Positionen der Verwaltungsgruppe vollständig unzulänglich sind, lehnen wir den Voranschlag ab. (Beifall)

GR. Daffinger (E.L.) beklagt sich über den Mangel einer rationellen und sachverständigen Pflege des städtischen Gartenwesens. Die B spritzung der Gartenflächen wird saudumm durchgeführt (Heiterkeit bei der E.L.) Einige Wochen wird überhaupt nicht gespritzt und dann wenn es geregnet hat, erscheint plötzlich der Spritzwagen. Der Fason wird so spät gemäht, dass er zugrunde geht. Sodann spricht GR. Daffinger über das Strassenwesen. Es ist keine Bosheit, wenn man sagt, dass bei Strassenreparaturen und Strassenneuerstellungen eineinhalb Arbeiter beschäftigt sind (Heiterkeit bei der E.L.) An einer Strassenherstellung in der Nussdorferstrasse in einem Ausmass von 100 Quadratmetern wurde monatelang gearbeitet. Da redet sich ein Referat auf das andere aus. Er fragt sodann den amtsführenden Stadtrat, wonach eigentlich der Mehrverbrauch an Wasser bestimmt wird. Vielleicht nach der Halsweite? (Heiterkeit nach der E.L.) Sicher nicht nach der Kopfquote multipliziert mit der Anzahl der Hausbewohner. Es ist auch sehr schwer die verbrauchten Wassermengen genau festzustellen. Da muss Ordnung gemacht werden (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St. R. Richter weist gegenüber den Beschwerden, dass der Aufwand für Kirchen und Kapellen zu gering eingesetzt sei, darauf hin, dass die Erhaltungskosten für alle städtischen Gebäude wesentlich eingeschränkt oder eingestellt wurden. Die Strassenreinigung hat sich in den letzten Jahren bedeutend gebessert und ist gut. Dass die Strassenbeleuchtung gut ist, erklärt eine von der Minderheit sicher als Autorität anerkannte Persönlichkeit, nämlich Hofrat Skrubel von der Polizeidirektion, der sagte, dass Wien zu den bestbeleuchteten Städten des Kontinents gehört. Sammelkörbe sind in Wien derzeit 7000 angebracht. Der Stand an gelernten Gärtnern beträgt 72, was nicht zu wenig ist. Drei Bezirke wurden privaten Gärtnern zur Pflege übergeben. Blumenverkäufe an Privatpersonen finden nur in den seltensten Fällen statt. Die Wäschereien und Werkstätten der Gemeinde haben niemals für Private gearbeitet. Der Strassenbau dauert manchmal etwas länger, weil zuerst die daran beteiligten Unternehmungen, Strassenbahnen Gas- und Elektrizitätswerke ihren Teil erledigen müssen. Die Liste der Strassen wird immer im Einvernehmen mit den Bezirksvorstehern festgesetzt. St. R. Richter bittet, dem Budget seiner Gruppe die Zustimmung zu erteilen (Beifall bei der Mehrheit).

Die Ansätze der Verwaltungsgruppe V werden genehmigt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

VIII. Blatt

Wien, am 21. Dezember 1931.

Das Referat über den Voranschlag der Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten erstattet Stadtrat Kokrda. Der Bericht-erstatte führt aus:

In den Abschlussziffern des Voranschlages 1932 ist das Ergebnis der städtischen Lagerhäuser nicht enthalten. Der Betrieb der städtischen Lagerhäuser stellt eigene Rechnung auf und zwar schliesst er auch für das kommende Verwaltungsjahr mit einem namhaften Defizit ab. Das Verwaltungsjahr 1931 dürfte für die städtischen Lagerhäuser ein günstigeres Resultat bringen als im Voranschlag angenommen wurde. Der Betrieb war im allgemeinen sehr gut beschäftigt. Er hat am 31. Dezember 1930 einen Lagerstand von 1568 Waggons ausgewiesen; der Lagerstand ist derzeit rund 4000 Waggons. Ebenso sind die Lohnindustriellen der Lagerhäuser, wie Pflaumenotuvage, Erbsenschälanlage und die Kraftfutteranlage durchgehend gut beschäftigt. Die Getreideputz- und Sortiereanlage ist derzeit voll ausgenützt. Die öffentlichen Märkte waren das ganze Jahr hindurch sehr gut versorgt. Unangenehm bemerkbar machen sich vielfach die sprunghaften Änderungen auf den Leb- und Vieh- und Fleischmärkten. Das ist die Folge der labilen Handelsverträge mit jenen Staaten, von denen wir Vieh und Fleisch beziehen. Die fortwährend in Fluss befindlichen Handels- und Vertragsbedingungen mit den einzelnen Staaten bringen es mit sich, dass im Verlaufe eines Jahres die eine oder die andere Anlage unzulänglich wird und die anderen Anlagen hingegen nicht ausgenützt werden. So ist auf die Tatsache zu verweisen, dass wir um die Mitte des heurigen Jahres einen abnormal grossen Auftrieb von Lebend- und Schweinen zu verzeichnen hatten. Alle Einrichtungen für das Unterbringen und für das Schlachten der grossen Menge von Schweinen waren plötzlich unzureichend. Hingegen ist gegenwärtig der Auftrieb an Lebend- und Schweinen ein sehr geringer, dafür aber die Zufuhr an Schweinefleisch in der Grossmarkthalle ausserordentlich gross. Vom Jänner bis November 1931 sind auf dem Wiener Markte 59.743 Stück Rinder aus dem Inlande zum Verkaufe gestellt worden; in der gleichen Zeit des Vorjahres nur 36.813 Stück. Von der inländischen Landwirtschaft sind in den ersten 11 Monaten dieses Jahres 181.798 Lebend- und Schweine auf den Wiener Markt gekommen, gegenüber 40.397 Stück im Jahre 1930. An gestochenen Schweinen kamen heute in den 11 Monaten 309.498, gegenüber 205.727 in den 11 Monaten 1930. Man kann aus dieser Gegenüberstellung die erfreuliche Tatsache konstatieren, dass die inländische Schweinezucht namhafte Fortschritte zu verzeichnen hat. Der Lebend- und Schweine- und Markt dürfte im Laufe des heurigen Jahres zu 30 Prozent vom Inlande besetzt werden.

Die Baustoffbeschaffung konnte im Verlaufe des Verwaltungsjahres 1931 mit einigen geringeren Ausnahmen klaglos abgewickelt werden. Die Menge der zu beschaffenden Materialien dürfte in den abgelaufenen 11 Monaten des laufenden Jahres 1,080.000 Tonnen betragen. Der Magistrat ist schon seit vielen Jahren bemüht, die Heizungsanlagen des Magistrates und seiner Betriebe mit ~~inländischem~~ Inlandsbrennstoffmaterial zu versorgen. Diese Bemühungen haben bisher einen guten Erfolg gehabt; seit 1927, in welchem 32 Prozent Inlands- und 68 Prozent Auslandskohle verbraucht wurden, ist das Verhältnis bereits im Jahre 1930 auf 41 Prozent Inlands- und nur 59 Auslandskohle gebracht worden.

Zum Schlusse stellt StR. Kokrda fest, dass ~~das städtische~~ das städtische Wirtschaftsamt allen an ihn gestellten Anforderungen im Verlaufe des heurigen Verwaltungsjahres voll und ganz entsprochen hat (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

IX. Blatt

Wien, am 21. Dezember 1931.

GR. Stöger (E.L.) bemerkt, in dieser Zeit der Not komme den Märkten und Schlachtviehhöfen eine besondere Bedeutung zu. Hier rächen sich die Sünden der Vergangenheit. Durch Jahre wird von der Minderheit vergebens auf die Notwendigkeit der Schaffung einer Zentralmarkthalle hingewiesen. Eine moderne Vermarktung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wäre nicht nur eine unerlässliche Voraussetzung für eine klaglose Approvisionnement Wiens, sondern läge auch im größten Interesse der Landwirtschaft, die bei uns imponierende Fortschritte gemacht hat. Der Redner weist in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit, den inländischen Gemüsebau zu steigern hin, wozu ein Zusammenwirken von Produktions- und Absatzorganisationen und eine Verbesserung der Absatzorganisationen notwendig wäre. Es müsste raschestens an eine Lösung der brennenden Marktfrage geschritten werden. Der Redner verlangt weiters, dass dem Gemeinderat über das Lagerhaus reiner Wein eingeschickt und dass ihm namentlich die Umsätze und die Mengen der eingelagerten Waren bekanntgegeben werden. Er verlangt weiters die Vorlage einer Kalkulation für die in den städtischen Bäckereien erzeugten Gebäcksorten und fordert, man möge endlich mit dem Wahnsinn Schluss machen, den begüterten Eltern die Schulmittel geradezu nachzuwerfen. Er stellt den Antrag, die unentgeltliche Abgabe von Lernmitteln an Kinder besitzender Eltern einzustellen. Dagegen ist in den Schulpausen allen Kindern mittelloser Eltern Milch kostenlos zu verabfolgen (Lobhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Pfeiffer (E.L.) erklärt, dass es zwecklos ist, bei der Beratung des Voranschlages für die Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten über das Schulwesen zu sprechen, da trotz wiederholtem Verlangen bis heute noch kein Schulreferat besteht und der amtsführende Stadtrat die Verantwortung für das Schulwesen ablehnt. Wir müssen feststellen, dass hinsichtlich des Marktwesens die Gemeinde jede Initiative vermissen lässt. Die Märkte sind für die Grosstadt eine unbedingte Notwendigkeit, ^{so} dass sie als soziale Einrichtungen betrachtet werden müssten. Die Lagerhäuser zeigen erfreulicherweise eine günstige Entwicklung. Darüber aber darf nicht vergessen werden, dass sie eine Zinsenlast aufweisen, die rund 72 Prozent des Gesamtabganges ausmacht. Ueberaus begrüßenswert ist die stärkere Belieferung der Viehmärkte durch das Inland. Zu bemängeln ist, dass hinsichtlich der Kieglbeschaffung Vorauszahlungen an Firmen geleistet werden. Es wäre zu wünschen, dass diese mehrjährigen Verträge abgeändert werden. Notwendig wäre es auch, wenn sich das Wirtschaftsamt mehr als Ersparungsstelle und weniger als Kaufmann betätigen würde. Eine ganz überflüssige Institution ist die städtische Bäckerei, die nur eine Konkurrenz des Privatgewerbes darstellt. Der Redner beschäftigt sich dann mit der Vergabung von Turnsälen an Turnvereine und bemerkt, dass diese Vergabung nach rein parteipolitischen Grundsätzen durchgeführt wird. Nationale Vereine wurden aus den Turnsälen herausgedrängt und sozialdemokratische Turnvereine haben die Säle bekommen. Als überflüssige Ausgabe bezeichnet der Redner die ^{unentgeltliche} Abgabe der Lernmittel an Kinder reicher Eltern. Derartige Ausgaben sind in einer so schweren Zeit wie heute ganz ungerechtfertigt. Eine Frotzerei geradezu ist die Post von 1000 Schilling zur Förderung der Landeskultur. Was man damit anfangen will, ist unerfindlich. Wir lehnen den Voranschlag ab. (Beifall).

F. Rtin Schöösinger (E.L.) erklärt, dass durch die Einstellung der unentgeltlichen Abgabe von Lernmitteln an Kinder reicher Eltern ein Drittel des dafür veranschlagten Betrages erspart werden würde. Die Gemeindeverwaltung verzichtet aber auf diese Ersparnis, weil die unentgeltliche Abgabe der

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
KARL HONAY

X. Blatt

Wien, am 21. Dezember 1931

Lernmittel an alle Kinder im Programm der sozialdemokratischen Partei steht. Bei der Beleuchtung von Schulgebäuden sollen im kommenden Jahr 80.000 Schilling und bei der Beheizung 78.000 Schilling erspart werden. Es ist zu befürchten, dass derartige Einschränkungen zu schweren gesundheitlichen Schäden für die Kinder und Lehrer führen werden. Die Rednerin beschäftigt sich dann ausführlich mit einem Jugendheim der sozialistischen Arbeiterjugend im städtischen Gebäude Pfeilgasse 42 und stellt folgenden Antrag:

Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI ist zu beauftragen im Hinblick auf die Misstände, die sich aus der Unterbringung des Jugendheimes im städtischen Gebäude Pfeilgasse 42 ergaben, die Ueberlassung des Lokales an den Verband Jugendheim zurückzunehmen und das Lokal der Verwendung als Garderobe für den Turnsaal der Mädchenschule Pfeilgasse 42 zuzuführen. (Beifall).

GR. Dr. Arnold (E.L.) bemängelt es zunächst, dass ^{es} im Gemeinderat keinen für die Schulverwaltung der Gemeinde verantwortlichen Funktionär gebe. Auf dem Gebiete des Schulwesens soll Friede und Ordnung vorgetäuscht werden, obzwar sie in Wirklichkeit nicht vorhanden sind. Der Redner bringt eine an ihn gelangte Zuschrift eines Lehrers der Schule III., Hörnesgasse zur Kenntnis, in der Beschwerde darüber gerührt wird, dass der provisorische Schulleiter, als das Schulgebet verrichtet wurde, in die Klasse trat, das Gebet unterbrach und erklärte, nach dem Läuten gebe es kein Beten, mit dem Glockenzeichen beginne der Unterricht. Derselbe Schulleiter interessiert sich sehr für den Moralunterricht der Freidenker und treibt für einen solchen Kurs der Freidenker in der Schule geradezu Propaganda. Unter Zitation der entsprechenden Bestimmungen des Reichsvolksschulgesetzes und zahlreicher Erlässe verweist der Redner darauf, dass es sich hier um einen groben Verstoß gegen gesetzliche und administrative Anordnungen handle. In Wirklichkeit herrscht im Schulwesen kein Friede. Wir lassen uns über die Tendenzen Ihrer marxistischen Schulpolitik nicht hingetäuschen. Der Redner behält sich vor, über die Misstände im Schulwesen noch eingehend zu sprechen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St. R. Kokrda verweist in seinem Schlussworte darauf, dass für die Appräsentationsanstalten und Anlagen sehr namhafte Beträge investiert wurden und dass alles unternommen werde, um die zutagegetretenen Misstände zu beheben. Den Antrag Stöger bezüglich der Lernmittel bittet er abzulehnen. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation werde durch eine Scheidung der Schüler und Schülerinnen in bemittelte und unbemittelte nicht viel zu erreichen sein. Eine Beteiligung der mittellosen Kinder mit ^{in den Schulen} Gratismilch/erfolge durch die ~~Gratismilch~~ von der Gemeinde subventionierte Milchpropagandagesellschaft heute schon. Die städtische Bäckerei bedeutet keine Konkurrenz der Privatbetriebe und leistet sehr wertvolle Dienste für die Humanitätsanstalten der Stadt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Die Ansätze der Verwaltungsgruppe VI werden angenommen, die Anträge Hengl und Stöger werden abgelehnt, der Antrag Schölsinger der geschäftsmässigen Behandlung zugewiesen.

St. R. Linder referiert über die Verwaltungsgruppe für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten. Er verweist zunächst darauf, dass die Sätze des Voranschlages gegenüber dem Vorjahre um 45 Prozent gekürzt wurden. Das Hauptersparnis der Gruppe bildet die Reduzierung der Gemeindegewache auf 200 Mann und zwar wird sich die Tätigkeit der Gemeindegewache nur auf den Wachdienste in dem städtischen Polizeigefängnis, in den städtischen Sammlungen und in den Fürsorge- und Arbeitslosenämtern erstrecken.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

XI. Blatt

Wien, am 21. Dezember 1931.

Das Erfordernis für das Feuerlöschwesen ist gegenüber dem Vorjahre um Schilling 2,100.000 geringer und zwar erklärt sich diese Ersparung daraus, dass die Feuermeldeanlagen im heurigen Jahre vollendet wurden, sodass für diesen Zweck keine Budgetpost mehr nötig ist. Für den Bau neuer Geräte der Feuerwehr sind Schilling 191.000 vorgesehen. Die Schlagkraft ^{in der} Alarmbereitschaft der Berufsfeuerwehr wird auch im kommenden Jahre weiterhin verstärkt werden. Infolge ihrer modernen Einrichtungen ist nunmehr die Alarmbereitschaft von 4 Minuten nach Feuermeldung gegeben. Man kann bei aller Bescheidenheit behaupten, dass das Wiener Feuerlöschwesen auf erster Stufe steht und dass die Wiener Berufsfeuerwehr, wie das Ausland behauptet, die Hochschule für das Feuerlöschwesen darstellt. Die Berufsfeuerwehr besitzt 39 Feuerwachen, ihr Personalstand beträgt 1059 Personen, darunter 22 Offiziere und 47 Brandmeister, das Kabelnetz beträgt 106 Kilometer, die Eigenfreileitungen 580 Kilometer, zur Feuermeldung stehen 1078 mit Telefon versehene Feuermelder zur Verfügung. Der Gesamtgerätestand beträgt 189 Geräte. Die Fahrzeuge hatten im Berichtsjahr 217,800 Kilometer zu leisten. Bis zum 6. Dezember d. J. fanden 5593 Ausrückungen statt, davon 3051 zur technischen Hilfeleistung, die Höchstzahl der Ausrückungen an einem Tag betrug 419. Leider sind auch 92 Falschmeldungen erfolgt. St. R. Linder spricht in diesem Zusammenhang den Feuerwehrmannschaften und den Offizieren der Feuerwehr den Dank des Gemeinderates aus (Lebhafter Beifall).

Auf der Ausgabenseite des Budgets wurde die Post für Wahlangelegenheiten mit Rücksicht auf die im kommenden Jahre stattfindenden Gemeinderatswahlen um Schilling 214.000 erhöht. Unter Kunstförderung ist die Post "Förderung der Gegenwarts Kunst" zur Gänge unterblieben, jedoch ist im Jahre 1931 ein Betrag von Schilling 100.000 nicht verbraucht worden, und wird dieser ersparte Betrag für 1932 zur Verfügung gestellt. St. R. Linder ersucht, das Budget seiner Gruppe anzunehmen. *(H. B. B. S. Kolassa)*

GR. Dr. Kolassa (E. L.) bemerkt, es sei richtig, dass bei der Gemeindegewache Abstriche vorgenommen worden sind. Doch muss bedacht werden, dass der Personalaufwand für die Gemeindegewache nicht in dieser Verwaltungsgruppe sondern in der Verwaltungsgruppe I aufscheint, wo die Ausgaben noch immer sehr beträchtlich sind. Eine Herabsetzung des Standes der Gemeindegewache von 525 auf 209 könnte nur dann als Ersparnis hingestellt werden, wenn diese 300 Gemeindegewachleute abgebaut würden. Wir glauben nicht, dass das geschieht. Vielmehr sind wir überzeugt, dass diese 300 Leute in anderen Gruppen Verwendung finden werden. Das hiesse, dass am Personalaufwand für die Gemeindegewache nichts erspart wird. Wir ersuchen hier um Aufklärung. Sowohl die Einführung der Gemeindegewache wie ihre Weiterverwendung auf anderen Gebieten ist eine Starrköpfigkeit der Mehrheit, gegen die wir wie immer auch heute ankämpfen (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

GR. Dr. Wagner (E. L.) gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, dass die Zusammenarbeit mit St. R. Linder im vergangenen Jahre auch für die Opposition ein durchaus befriedigendes war. Allerdings werden die Mitglieder der Opposition niemals aufhören, gegen die Gemeindegewache Einspruch zu erheben solange sie besteht. Die Ausgaben auch für den restringierten Stand der Gemeindegewache sind noch immer recht beträchtlich.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

XII. Blatt

Wien, am 21. Dezember 1931.

Ausserordentlich bedauerlich sind die Drosselungen bei der Berufsfeuerwehr. Wir begrüßen es, dass die Berufsfeuerwehr in der heutigen schweren Zeit keine rückläufige, sondern eine aufsteigende Entwicklung genommen hat. Die Berufsfeuerwehr gehört zu den stolzesten Einrichtungen der Stadt, sie hat eine schöne Zukunft vor sich. Trotzdem ist der Aufwand für die Berufsfeuerwehr stark gedrosselt und man muss sagen, dass diese Sparmassnahmen gerade bei der Feuerwehr viel zu weitgehend sind. Der Redner betont dann die Wichtigkeit der Agenden der Baupolizei und der Planung des Stadtgebietes und wünscht einen Bericht über die Grundprinzipien, nach denen die weitere Entwicklung der Stadt insbesondere nach Inkrafttreten der neuen Bauordnung vor sich gehen soll. (Beifall).

GR. Uebelhör verlangt die Drucklegung des stenographischen Protokolles des Gemeinderates und stellt den Antrag die Post für die Abhaltung von künstlerischen Aufführungen von Arbeitern und Angestellte, die im Voranschlag von 80.000 auf 20.000 Schilling reduziert worden ist, auf 50.000 Schilling zu erhöhen. (Beifall)

St. R. Linder beschäftigt sich in seinem Schlussworte insbesondere mit der Frage der Stadtplanung und bezeichnet es als verfehlt, diese schwierige Frage gerade in der heutigen schweren Zeit lösen zu wollen. Er gibt noch ~~Einmal~~ die Versicherung, dass durch die Einschränkungen auf dem Gebiete des Feuerwehrwesens die Schlagkraft der Feuerwehr in keiner Weise beeinträchtigt werden würde. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Die Ansätze der Verwaltungsgruppe VII werden genehmigt.

Ein zu dieser Verwaltungsgruppe gestellter Antrag Kolassa auf Auflassung der Gemeindewache sowie Anträge des Gemeinderates Stöger auf Vorlage einer Novelle zum Kinogesetz und betreffend die Verleihung des Bürgerrechtes an die Besitzer der goldenen Tapferkeitsmedaille werden abgelehnt.

St. R. Linder referiert in Vertretung des St. R. Breitner über Bilanz und Bedeckung.

GR. Angermayer (E. L.) bemerkt, die Minderheit kritisiere die Verwaltung der Mehrheit nicht nur deshalb, weil sie zu kostspielig und zu umständlich ist, sondern auch wegen ihres parteipolitischen Charakters. Die Einführung der ~~top~~ ischen Buchhaltung in allen Betriebszweigen und nicht nur in den kaufmännischen Unternehmungen hat den Verwaltungsapparat unnötig belastet und verteuert. Auch wurde der Steuerapparat viel zu stark ausgearbeitet, wodurch er zu schwerfällig und teuer geworden ist. Einer der schwersten Fehler ist der Ueberwachungsdienst, der in die heutige Zeit nicht mehr hereinpasst und der die Beamenschaft moralisch belastet, wodurch er umso verwerflicher wird. Wenn wir den Verwaltungsapparat als parteipolitisch kritisieren, denken wir an die Amtsführung der 8 amtsführende Stadträte, die Parteipolitiker sind. Ferner haben Sie durch die Errichtung einer Unzahl von Betrieben, die gegen die Privatwirtschaft gegründet wurden. Parteipolitik betrieben. Sie haben hier vollständig Schiffbruch gelitten, nachdem Sie Millionen Steuergelder vorgedaut hatten. Wir kritisieren auch das Kontrollamt wegen seiner Abhängigkeit von der Verwaltung und verlangen seine vollständige Selbstständigkeit und die direkte Berichterstattung an den Gemeinderat. Die furchtbarste Anklage erheben wir gegen Ihre Steuerpolitik. Sie ist vollständig antisozial, da sie sich nicht auf die Tragfähigkeit der Bevölkerung einstellt. Auch ohne die Weltwirtschaftskrise wären durch Ihre brutale und unverantwortliche Steuerpolitik die Wiener Steuerträger zugrunde gerichtet worden. Auf der Ausgabenseite könnte das Budget Einschränkungen erfahren, wenn Sie sich entschliessen wollten, Ihre parteipolitische Damagogie aufzugeben. Der Redner erklärt schliesslich, seine Partei werde gegen Bilanz und Bedeckung stimmen. (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

Nach dem Schlussworte des St. R. Linder werden Bilanz und Bedeckung genehmigt.

Vorsitzende Bock spricht im Auftrag des Bürgermeisters, der infolge Verhandlungen mit der Regierung verhindert ist, der Sitzung des Gemeinderates anzuwohnen, am Schlusse der Budgetberatung unter grossem Beifall der Mehrheit dem Finanzreferenten Breitner, den amtsführenden Stadträten, den Beamten, die an der Zusammenstellung des Budgets und an dessen Beratung teilgenommen haben, vor allem dem Magistrats-Direktor Dr. Hartl, dem Obermagistratsrat Dr. Neumayer, dem Rechnungsdirektor Knobloch, dem Kontrollamtsdirektor Müllner und allen ihren Mitarbeitern, den Stenographen, den Redakteuren der Rathauskorrespondenz und den Vertretern der Presse den besten Dank aus. Ebenso danken wir am Schlusse dieses Jahres der Bevölkerung für die Einsicht und Geduld, die sie in der schweren Zeit der Not aufgebracht hat und hoffen, dass das kommende Jahr der Bevölkerung doch einige Erleichterung bringen wird. Wir danken auch allen Mitgliedern des Gemeinderates für ihre Mitarbeit im verflossenen Jahr. (Lebhafter Beifall).